

Ungezügelter Märkte bedrohen Stabilität und Wohlstand



Der Klimawandel, die Energieknappheit und zuletzt die internationale Finanzkrise zeigen: Ungezügelter Märkte bedrohen weltweit Stabilität und Wohlstand.

Der Staat muss eingreifen, um die Krisen in diesen zentralen Zukunftsfragen zu beenden. Auch in Deutschland muss der Staat mit einem Milliarden-Rettungspaket die Banken vor dem Kollaps bewahren.

Berlin stellt sich auch für die Bankkunden seiner Verantwortung und hat dem Finanzmarktstabilisierungsgesetz zugestimmt. Dabei ist es gelungen, die Risiken für Berlin auf 290 Millionen Euro zu begrenzen. Damit die Berliner Steuerzahler in Zukunft nicht mit unbeschränkten Risiken belastet werden, ist eine neue Ordnung für die Finanzmärkte notwendig:

- ein internationales Frühwarnsystem und ein verbindliches Kontrollsystem,
- die Begrenzung der Managergehälter,
- die persönliche Haftung von Bankmanagern,
- ein Verbot hochspekulativer Finanzprodukte (z. B. „Leerverkäufe“) und
- die Pflicht der Banken, ihre Eigenkapitalquote zu erhöhen.

Dafür steht die Berliner SPD:

Berlinerinnen und Berliner müssen auf die Sicherheit ihrer Ersparnisse und Altersvorsorge vertrauen können. Die Berliner Wirtschaft muss wettbewerbsfähig bleiben. Es geht auch für Berlin um Jobs, Wachstum und Zukunft.

Die öffentliche Hand steht mit Milliardengarantien ein, um die Bankenkrise zu beenden. Deshalb kann der Bund seinen Einfluss auf die künftige Geschäftspolitik geltend machen. Mit der Rolle eines stillen Gesellschafters darf er sich nicht begnügen.